



KANTONSratsPROTOKOLL

Sitzung vom 29. Januar 2018
Kantonsratspräsidentin Vroni Thalmann-Bieri

A 337 Anfrage Sager Urban und Mit. über die hohen beruflichen Einstiegshürden für Fachfrau/Fachmann Betreuung durch lange Praktika in der Fachrichtung Kinder / Bildungs- und Kulturdepartement i. V. mit Gesundheits- und Sozialdepartement

Urban Sager ist mit der Antwort des Regierungsrates teilweise zufrieden und verlangt Diskussion.

Urban Sager: Es ist erfreulich, wie deutlich die Regierung die Kita-Praktika ablehnt. Es handelt sich hier um keine Praktika im eigentlichen Sinn, weil es dabei nicht um die Vervollständigung einer theoretischen Ausbildung geht. Da die Praktika in der Regel ein Jahr oder sogar länger dauern, handelt es sich auch um keine Schnupperlehre. In vielen Fällen kann auch keine Anschluss-Lehrstelle garantiert werden. Das bedeutet, dass einzelne junge Menschen im Alter von 15 Jahren ausgebeutet werden, da sie nur einen sehr tiefen Praktikumslohn erhalten. Die Kitas selber rechtfertigen diese Praktika damit, dass es mit ausgelernem Personal allein nicht möglich wäre, einen gewinnbringenden Betrieb zu führen. Dagegen sollte etwas unternommen werden. Ein erster Schritt wäre es, die Praktika als solche zu verbieten. Dafür zuständig wäre die Tripartite Kommission. Das dürfte aber nicht ausreichen, da sich der Wegfall dieser sogenannten Praktika finanziell auf den Betrieb der Kitas auswirken würde. Die dadurch entstehenden Kosten dürften aber nicht einfach auf die Eltern überwältigt werden, sondern der Staat, aber vor allem auch die Wirtschaft sollten sich daran beteiligen. Schlussendlich profitiert auch die Wirtschaft von den familienergänzenden Betreuungsangeboten, weil dadurch jungen Müttern der Wiedereinstieg in den Beruf vereinfacht wird. Im Kanton Waadt beispielsweise beteiligt sich die Wirtschaft direkt an den Kita-Kosten. Der Kanton Luzern sollte entsprechende Finanzierungsmöglichkeiten ebenfalls prüfen.

Adrian Bühler: Praktika vor Lehrbeginn sollten nicht die Regel, sondern eine Ausnahme sein. Jugendliche sollten direkt nach Schulabschluss den Einstieg in eine Berufslehre finden. In vielen Kitas ist es gang und gäbe, dass Praktika angeboten werden oder dass Jugendliche zuerst ein Praktikum absolvieren müssen, um überhaupt eine Lehrstelle zu erhalten. Die Kitas beschäftigen aus verschiedenen Gründen Praktikanten, auch aus finanziellen. Dies bestätigt auch der Regierungsrat in seiner Antwort unter dem Sichtwort „günstige Arbeitskräfte“. Mit Praktikantinnen kann aber auch eine Konstanz bei der Kinderbetreuung und des Betriebs sichergestellt werden. Im Gegensatz zu den Lernenden sind die Praktikantinnen zu 100 Prozent anwesend. Die CVP ist offen für Massnahmen, die einen direkten Berufseinstieg erleichtern und fördern. Es ist wünschenswert, dass mehr Lehrstellen in diesem Bereich angeboten werden. Dazu braucht es eventuell Anpassungen, denn heute braucht es pro Lernende 160 Stellenprozente an ausgebildeten Fachkräften. Eine generelle Beschränkung auf sechs Monate erachten wir als kritisch. Ich stand mit einer Kita-Inhaberin in Kontakt und habe mit ihr das Berner Modell diskutiert. Ich wollte wissen, was es für ihre

Kita bedeuten würde, wenn sie einer Praktikantin einen Lohn von 3000 Franken bezahlen müsste. Ihre Antwort lautete, dass sie in diesem Fall die Kita aus finanziellen Gründen schliessen müsste.

Angela Pfäffli-Oswald: Für die FDP ist es denkbar, dass die Kitas vor Beginn einer FaBe-Ausbildung mehr Sicherheit über die Eignung und den Berufswunsch der Auszubildenden haben wollen, um dadurch auch Lehrabbrüche vermeiden zu können. Die Tatsache, dass diese Praktika teilweise mehr als ein Jahr dauern und die Ausbildungen nicht in den entsprechenden Kitas gemacht werden können, lässt aufhorchen und lässt vermuten, dass es sich bei den Praktikantinnen um sympathische und günstige Arbeitskräfte handelt. Offensichtlich fallen Praktikantinnen im Bereich der Kinderbetreuung durch eine Masche im Bildungsnetz, weil in dieser Phase weder der Kanton noch die Dienststelle Berufs- und Weiterbildung zuständig sind. Die Gemeinden sind für die berufliche Bildung ebenfalls nicht zuständig. Auch wenn die Dienststelle Berufs- und Weiterbildung in regelmässigem Kontakt mit Lehrbetrieben für den Beruf Fachfrau Betreuung Fachrichtung Kinderbetreuung steht und diese dazu sensibilisiert, den Direkteinstieg zu fördern, besteht offensichtlich Handlungsbedarf. Aus Sicht der FDP sind in erster Linie die Organisationen der Arbeitswelt (OdA) des Berufsverbandes gefordert, um diesem Missbrauch vorbeugen zu können. Schliesslich müsste es in ihrem ureigenen Interesse sein, beruflichen Nachwuchs zu fördern und nicht auf billige, nicht ausgebildete Praktikantinnen setzen zu müssen. Wir würden es deshalb begrüessen, wenn die Dienststelle Berufs- und Weiterbildung dieses Thema mit den OdA aufgreift und sie auffordert, diesbezüglich zielführende Lösungen zu finden.

Für den Regierungsrat spricht Bildungs- und Kulturdirektor Reto Wyss.

Reto Wyss: Der Anfragende scheint mit unserer Antwort doch ziemlich zufrieden gewesen zu sein, er hat aber die Gelegenheit für ein pointiertes Votum genutzt. Ich möchte Sie davor warnen, das Berner Modell als allzu unproblematisch zu beurteilen. Wir haben die Situation in Bern analysiert und sind zu der Meinung gelangt, dass wir das Berner Modell nicht kopieren möchten. Mittlerweile haben auch die Berner bemerkt, dass die Medaille eine Kehrseite hat, denn ihr Modell hat mindestens so viele Nachteile wie Vorteile. Ich nehme das Anliegen mit den OdA gerne auf, auch wenn es in diesem Fall nicht so einfach ist wie mit anderen Branchenverbänden, da die Strukturen etwas labil und wenig gefestigt sind. Wir klären ab, ob sich etwas in diese Richtung machen lässt.